

Klimagipfel: Politik hat versagt! Wie geht es weiter?

Kurzanalyse der Katholischen Hilfswerke: Klimaschutz hier und jetzt.

Wenige Tage nach dem Ende des Klimagipfels ist die Enttäuschung über die Ergebnisse groß. Trotz des Bewusstseins über die Gefahren, die vom Klimawandel ausgehen, hat es die Politik nicht geschafft, gemeinsame Lösungen für dieses globale Problem zu finden. Die wichtigsten Punkte zur Herstellung von Klimagerechtigkeit wurden beim Klimagipfel nicht oder nur unzureichend gelöst. Die Staatengemeinschaft erreichte lediglich eine politische Erklärung, das 2-Grad-Ziel einhalten zu wollen. Wie dieses Ziel erreicht werden soll, konnte aufgrund des Widerstandes der Industrieländer, allen voran USA und Canada, nicht festgelegt werden. Auch Pläne zur Finanzierung von Anpassungs- und Reduktionsmaßnahmen in Entwicklungsländern sind über vage Vorschläge nicht hinausgegangen. Durch ihre zögerliche Haltung in den Verhandlungen wurde die EU ihrer vermeintlichen Vorreiterrolle keineswegs gerecht.

Das Nichthandeln hat besonders für Menschen in Entwicklungsländern dramatische Folgen: Schon heute sterben 300.000 Menschen in Entwicklungsländern pro Jahr an den Auswirkungen des Klimawandels. Wird der Klimakrise kein Einhalt geboten, so wird diese Zahl weiter ansteigen. Notwendig ist jetzt, dass Österreich und die EU auch im Alleingang mit gutem Vorbild vorangehen und ehrgeizige Schritte in der Bekämpfung des Klimawandels setzen und so durch eine mutige Politik und durch Leadership die USA, Canada etc und die Schwellenländer zu einem verbindlichen Abkommen gewinnen.

Die Zivilgesellschaft – die in Kopenhagen als Einzige ein klares Zeichen für Klimagerechtigkeit gesetzt hat – ist jetzt erst recht gefordert den entsprechenden Druck aufzubauen. Menschen aus aller Welt haben sich vor und während des Gipfels für Klimagerechtigkeit stark gemacht und damit gezeigt, dass sie hinter einem ambitionierten Klimaabkommen stehen. Die Positionen der Regierungschefs hinken hinter den Erwartungen der Bevölkerung her.

Erste Analyse des Abkommens:

Das Plenum nahm am Samstag eine im Kreis von 25 Staaten ausgehandelte politische Erklärung nur zur Kenntnis. Diese nennt das Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, konkrete Vorgaben zur Verringerung der klimaschädlichen Treibhausgase sind nicht enthalten.

- Keine verpflichtenden Reduktionsziele festgelegt. Jeder Staat trägt selbst die Verantwortung, Ziele für sich festzulegen.
- das langfristige Ziel von 50% Reduktion bis 2050 wurde aus dem Abkommen gestrichen
- Für den Klimaschutz und die Anpassung an Klimafolgen sollen die Entwicklungsländer dem Papier zufolge von den Industriestaaten in den kommenden drei Jahren 30 Milliarden Dollar (21 Milliarden Euro) bekommen. Allerdings ist unklar, wer wieviel davon zahlt und ob es dafür neue Geldquellen wie Steuern auf Schiffsdiesel und Flugbenzin geben soll.

Das Übereinkommen transportiert als einzige nennenswerte Festlegung das sogenannte Zwei-Grad-Ziel. Durch die Eigenverantwortung der Staaten, Emissionen zu reduzieren, werden die Reduktionsziele an ökonomische Möglichkeiten eines Landes angepasst und nicht daran, was Wissenschaft und globale Gerechtigkeit vorgeben. Damit sind verbindliche Reduktionsverpflichtungen de facto aufgegeben.

Was bedeutet dieses Ergebnis?

Die Forderungen der Gruppe der afrikanischen Länder sowie der kleinen Inselstaaten fanden in Kopenhagen kaum Berücksichtigung. Jene Länder, die am stärksten unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, beharrten auf das Verbleiben im Kyoto-Prozess. Das Kyoto-Protokoll berücksichtigt als einziges Regelwerk die Verwundbarkeit der Entwicklungsländer und bietet diesen einen gewissen Schutz gegen die weiteren Auswirkungen des Klimawandels.

Die Gruppe der Entwicklungsländer bewies bis zum Schluss große Einigkeit und beharrte gemeinsam auf die für sie so wichtigen Reduktionsziele.

Keine dieser Hauptforderungen gilt nach dem Klimagipfel als gesichert.

China, als einer der wichtigsten Player in den Verhandlungen, beharrte darauf, keine Zugeständnisse in der Frage der Überprüfbarkeit zu machen. Verständlich, wenn man bedenkt, dass die USA bis heute ihre Hauptverantwortung nicht wahr nimmt – Amerika bekennt sich zu einer Reduktion von 4% im Vergleich zum Basisjahr 1990 – dies steht im klaren Widerspruch zu den vom IPCC empfohlenen 25-40% Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen.

Die vergangenen zwei Jahre, die als Vorbereitungsphase auf den Kopenhagener Klimagipfel dienen sollten, waren vor allem von der Untätigkeit der Industrieländer geprägt. Zwei Jahre lang wurden Verantwortungen negiert und damit wertvolle Zeit im Kampf gegen den Klimawandel verspielt.

Nach dieser Vorbereitungszeit verwundert es nicht, dass dieser Stillstand auch in Kopenhagen Einzug gehalten hat: Besonders in den reichen Staaten zeigte sich keine Bewegung! Auch die Europäische Union erwies sich als zögerlich und abwartend – kein guter Weg, um in kurzer Zeit zu Kompromissen zu kommen!

Der UNFCCC-Prozess – ein demokratischer Weg?

Vor allem die letzten Verhandlungsrunden in Kopenhagen zeichneten ein anderes, wenig demokratisches Bild: Nach zwei Wochen der zähen Verhandlungen handelten die großen Nationen in den letzten Stunden eine Übereinkunft aus, ohne die am meisten betroffenen Ländergruppen zu konsultieren. Das Resultat: ein ‚Hop oder Drop‘ – Übereinkommen, welches mit den demokratischen Grundsätzen, die sich die Vereinten Nationen auf die Fahne geschrieben haben, nur mehr wenig zu tun hat. Im Anbetracht dessen ist es wenig verwunderlich, dass von einer breiten Akzeptanz des Dokuments nicht die Rede sein kann.

Wann wird es weitergehen?

Die Übereinkunft soll nicht eigenständiger Vertrag werden. Sie wird im günstigsten Fall in bestehende Abkommen wie das Kyoto-Protokoll und die Klimarahmenkonvention eingearbeitet werden und diese weiterentwickeln. Ob das bis zum Sommer, bis zur nächsten Klimakonferenz in einem Jahr in Mexiko oder erst später geschehen soll, ist offen. Die erste Nebenverhandlungsrunde 2010 findet aller Voraussicht nach im Mai in Bonn statt.

Kampagne Klimafairbessern, CIDSE und Caritas:

Wichtig ist, dass – wenn die internationale Politik versagt – Österreich selbst das Ruder in die Hand nimmt: Ziel des nationalen Lobbyings ist es daher, das Bewusstsein über die dringende Notwendigkeit, auch im Alleingang gegen den weiteren Klimawandel vorzugehen, bei österreichischen EntscheidungsträgerInnen zu verankern. Es braucht entschiedene politische Schritte – weiteres Abwarten auf die Positionierung anderer Länder(gruppen) ist eine fatale Verschwendung der ohnehin knappen Ressource ‚Zeit‘. Österreich muss vom Schlusslicht innerhalb der EU zum Vorreiterland im Kampf gegen den weiteren Klimawandel werden.

Die Kampagne Klima fair bessern!, die CIDSE und die Caritas fordern nach wie vor, dass es ein faires, engagiertes und verbindliches Abkommen braucht:

Mindestens minus 40 Prozent bei Emissionen durch Industrienationen bis 2020 gegenüber 1990.

So wird die Kampagne der katholischen Hilfswerke auch weiterhin genauestens die (inter)nationale Klimapolitik verfolgen. Die Koordinierungsstelle wird daher weiter Druck machen, dass ein solches Abkommen in den nächsten Monaten erreicht wird. Die große Unterstützung für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, den es in den letzten Monaten in Kirche und Gesellschaft gegeben hat, ist Ansporn und Auftrag, jetzt erst recht für die längst überfällige Wahrnehmung von Verantwortung zu kämpfen.

Auch jede/r Einzelne ist gefordert, Klimagerechtigkeit und die damit verbundene globale Verantwortung zu leben. Durch einen bewussten Umgang mit Ressourcen und einen nachhaltigen Lebensstil tragen wir selbst zu Klimagerechtigkeit bei. So motiviert die Kampagne ‚Klima fair bessern!‘ in der bevorstehenden Fastenzeit Menschen, sich der Aktion ‚Fleischfasten‘ anzuschließen.

Wien, am 22. Dezember 2009

Mag.^a Josefa Molitor-Ruckenbauer

Mag.^a Julia Kerschbaumsteiner, „Klima fair bessern!“

+43 676 756 59 55

j.kerschbaumsteiner@koo.at

www.klimafairbessern.koo.at